



Rekonfiguration des Neoliberalismus

Innenpolitische Triebkräfte amerikanischer Außenpolitik unter Präsident Donald Trump

Christian Tuschhoff

Einleitung¹

Präsident Donald Trump gilt außerhalb der USA als einer der unbeliebtesten und unsympathischsten amerikanischen Präsidenten aller Zeiten. In den USA spaltet er die Gesellschaft in zwei Teile: Eine unerschütterliche Gruppe von loyalen Unterstützern (Tuschhoff 2019) hält ihm unverbrüchlich die Stange. Sie glauben, dass Trump sich für sie einsetzt und ihre Sache gegen übermächtige politische Kräfte durchkämpft. Zu diesem Zweck müsse er sich äußert aggressiv verhalten. Die andere Gruppe verachtet diesen Präsidenten zutiefst. Sie hält ihn für eine Katastrophe für das Land (Bowden 2019). Offen wird an seinem Geisteszustand und seiner Befähigung für das Präsidentenamt gezweifelt (Conway 2019). Er müsse deshalb abgesetzt werden, bevor er noch weiteren Schaden anrichten könne.

Wie kann erklärt werden, dass ein dermaßen umstrittener Politiker Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und damit der vielleicht mächtigste Mann in der Welt werden konnte? Haben möglicherweise internationale Faktoren mit dazu beigetragen, diesen Unsympath ins Weiße Haus zu befördern? Und wie wirken sich inneramerikanische Triebkräfte auf die U.S. Außenpolitik und internationale Beziehungen im Allgemeinen aus? Die wissenschaftliche Debatte bewegt sich zwar nur langsam, weist aber auf einige sehr grundlegende

Entwicklung hin, mit denen sich diese Fragen beantworten lassen. Dabei zeichnet sich ein Bild ab, dass die Präsidentschaft Donald Trumps bei weitem kein Unfall oder eine Verirrung amerikanischer Politik ist. Vielmehr sei sie eher ein Symptom für sehr grundlegende Probleme in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Erklärungsversuche für die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten

In der wissenschaftlichen Debatte werden zwei unterschiedliche Ursachenbündel angeführt, um zu erklären, warum Donald Trump zum Präsidenten gewählt wurde.

KULTURELLE SPALTUNG, PARTEILICHKEIT UND POLARISIERUNG IN POLITIK UND GESELLSCHAFT

Da sind zunächst politisch-kulturelle Entwicklungen. In der amerikanischen Gesellschaft seien tiefe Gräben entstanden zwischen Konservativen und eher sozialdemokratisch (im englischen „liberal“ genannt) geprägten Gruppen sowie zwischen Anhängern der republikanischen und der demokratischen Partei. Diese Spaltung – man spricht auch von gravierender Polarisierung der Gesellschaft (Aldrich 2018; Bartels 2018; Hawkins et al. 2018; Hutter 2019; Robison/ Moskowitz 2019; West 2019) - hat nunmehr auch die Politik erfasst, denn Politiker der republikanischen Partei stehen ihren Kollegen von der demokratischen Partei höchst unversöhnlich gegenüber. Es

¹ Für den Austausch sehr anregender Gedanken, die in diesen Aufsatz mit eingeflossen sind danke ich besonders herzlich Karten Zimmermann, Jakob Schissler und Reinhard Wolf. Für zahlreiche Anregungen bin ich außerdem den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz *A Hegemonic Transition? Reconfiguration*

of Global Economic and Security Orders in the Age of Trump am Heidelberg Center for American Studies (4.-5.10.2019) zu Dank verpflichtet. Alle etwaigen Mängel liegen jedoch ausschließlich in meiner eigenen Verantwortung.

gelingt kaum noch parteiübergreifende Kompromisse zu finden. Mangelnde Kompromissbereitschaft lähmt deshalb die amerikanische Politik (Mann/ Ornstein 2012).

Zusätzlich zu diesen beiden kulturellen und parteilichen Konflikten in der Gesellschaft gibt es aber auch einen verstärkten Rassismus, der die gesellschaftliche Spaltung vertieft (Lee 2017). Alle diese Konflikte werden seit geraumer Zeit mit besonderer Härte, Bitterkeit und Hass ausgetragen (Koppetsch 2019). Die hasserfüllte Atmosphäre ist der politischen Kompromissfindung ebenfalls abträglich. Das Wahlsystem der USA ermöglicht es nun, dass eine Seite der gespaltenen Gesellschaft zumindest vorübergehend gegenüber der anderen Seite gewinnt, weil selbst knappe Wahlsiege erheblichen Machtgewinn bedeuten. Das Mehrheitswahlrecht der USA erzeugt eindeutige Entscheidungen: der Gewinner bekommt die gesamte Macht. Die unterlegene Minderheit wird nicht, wie im deutschen Verhältniswahlrecht, stärker geschützt, indem sie an der politischen Macht beteiligt wird. Konservative, Republikaner und Rassisten konnten deshalb 2016 Donald Trump in das Weiße Haus hieven, indem sie die Wahlen knapp gewannen.

Manche Autoren sehen in diesem Ursachenbündel die beste Erklärung dafür, dass Donald Trump ins Amt des Präsidenten gelangen konnte (Norrlof 2018: 79-84; Schaffner/ Macwilliams/ Nteta 2018). Das Bündel wird auch mit der Formel von großer Unzufriedenheit mit dem Verlust von sozialen Status in weiten Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit treffend gekennzeichnet (Gidron/ Hall 2017; Mutz 2018). Allerdings zeigen neueste Arbeiten, wie schwierig es ist, die Erklärungskraft von Ursachenbündeln genau zu bestimmen (Green/ McElwee 2018).

STEIGENDE SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE UNGLEICHHEIT

Das zweite Ursachenbündel, das die Wissenschaft zur Erklärung heranzieht, warum

Donald Trump zum Präsidenten gewählt wurde, konzentriert sich viel stärker auf die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in der Gesellschaft. Die kulturellen Konflikte werden zwar nicht geleugnet, jedoch für nicht ausreichend erklärungskräftig gehalten. Die Spaltung der Gesellschaft sei vielmehr eine Frage von Arm und Reich. Im Kern knüpft diese Sichtweise an die wissenschaftliche Tradition der Klassenanalyse an. Die Gesellschaft wird anhand von Vermögen, Einkommen und Bildungsgrad in soziale Klassen unterteilt. Zwischen diesen Klassen gibt es politische Konflikte, weil sich die Interessen von Armen und Reichen grundlegend unterscheiden oder sogar unversöhnlich gegenüberstehen. Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in den USA sei deshalb nichts anderes als ein mit besonderer Härte ausgetragener Klassenkampf. Im Jahr 2016 ging Donald Trump mit seiner politischen Anhängerschaft deshalb als Sieger aus diesem Kampf hervor, weil er versprach, die Interessen der großen Mehrheit von ärmeren Amerikanern und der Mittelschicht gegen die Reichen und die verhassten politischen Eliten in der Bundeshauptstadt durchzusetzen (Norrlof 2018: 71-82).

Ohne die womöglich sogar erklärungskräftigere Ursache von Kulturkonflikten in Abrede zu stellen, konzentrieren sich die folgenden Ausführungen auf das zweite Ursachenbündel: Politik als Klassenkampf. Denn die ausdifferenzierten Argumente dieser Erklärungsvariante ermöglichen einen Anschluss an Prozesse internationaler Beziehungen und somit eine Antwort auf die Frage, ob nicht auch internationale Faktoren dazu beigetragen haben, dass Donald Trump amerikanischer Präsident werden konnte. Außerdem kann gezeigt werden, wie Trump versucht, seine Versprechen an die Wähler einzulösen, an dem er auch seine Aussenpolitik unmittelbar ausrichtet.

Der historische Ursprung des revitalisierten Klassenkampfes in den USA

Die USA gingen unbestritten als der große Sieger aus dem 2. Weltkrieg hervor. Denn sie waren nicht nur militärisch auf dem Schlachtfeld erfolgreich. Vielmehr richtete dieser Krieg überall sonst in der Welt derart große Zerstörung an, dass funktionierende Wirtschaften und Gesellschaften erst mühsam und langsam aufgebaut werden mussten. Im Vergleich dazu waren die USA eine blühende Landschaft mit einer starken und stabilen Wirtschaft. Die Zeit zwischen 1945 und 1970 wird deshalb als das „goldene Zeitalter“ bezeichnet (Kirshner 2014: 38). Nach der Verheerung des Krieges ging es nahezu überall aufwärts (Plumpe 2013: 92-101). Wohlstand und Wachstum führten bei den Bürgern im sogenannten Westen zu großer Zufriedenheit und steigenden Erwartungen, dass sie nicht nur ihren materiellen Lebensstandard würden steigern können, sondern auch darüber hinaus ihre Lebensart modernisierten, indem sie ihre kulturellen Ideale verwirklichen könnten.

Diese Zufriedenheit und auf die Zukunft gerichteten Erwartungen wurden jedoch in den 1970er Jahren massiv enttäuscht und abrupt beendet. Zwei Ölkrisen waren der sichtbarste Hinweis darauf, dass permanentes, stabiles Wachstum von Wirtschaft und Lebensstandard keinesfalls naturgegeben waren, sondern womöglich die historische Ausnahme. Vielmehr kämpften die Staaten mit der sogenannten „Stagflation.“ Dieses Wort setzt sich zusammen aus der Stagnation, d.h. stillstehenden, nicht mehr wachsenden Wirtschaft einerseits und Inflation, d.h. immer stärker steigenden

Preisen, andererseits. Mit anderen Worten: Stagflation bedeutete einen Rückgang von Wohlstand und Lebensstandard. Damit war es auch mit der Zufriedenheit der Bürger vorbei.

In dieser politisch sehr schwierigen Lage verhiess eine bis dahin vernachlässigte politische Ideologie radikale Abhilfe und die Rückkehr zu Wachstum und Wohlstand: der Neoliberalismus. Er versprach, die Stagflation zu überwinden und wieder Wirtschaftswachstum zu erzeugen (Nachtwey 2016: 47-53). Kein Wunder, dass die Politik von dieser Idee begeistert war. Denn außer den Neoliberalisten gab es niemand, der ein zündendes und attraktives Konzept gegen Stagflation vorlegen konnte.²

Grundideen des Neoliberalismus

Der Kern der Idee des Neoliberalismus (Schnitzler 2008) war, die Wirtschaft effizienter zu gestalten, um auf diese Weise wieder mehr Wachstum aus ihr herauszupressen. Der Schlüssel dazu war mehr Wettbewerb und höhere Effizienz durch (auch internationale) Spezialisierung und Arbeitsteilung. Das politische Programm des Neoliberalismus hatte deshalb zwei große Stoßrichtungen: International musste die Kooperation zwischen Staaten so verbessert werden, dass durch Spezialisierung und Arbeitsteilung zwischen Volkswirtschaften eine höhere Effizienz von Produktivität und damit weltweites Wachstum erwirtschaftet werden konnte. Mehr Kooperation bedeutete jedoch, dass nationale Grenzen geöffnet werden mussten, damit Waren, Dienstleistungen und Kapital genau dort eingesetzt werden konnten, wo sie die höchste

² Eine Kritik am Neoliberalismus ist, dass seine Befürworter ihn als „alternativlos“ darstellen (Vormann 2018: 227-229). Dieses TINA (*there is no alternative*) wird als eine Form von Depolitisierung kritisiert und mit dem allgemeinen Hinweis begründet, dass es immer Alternativen gebe (Biebricher 2019). Allerdings findet man kaum Vorschläge, worin diese Alternativen denn tatsächlich bestehen. Soweit sich die Kritik von

TINA gegen die Behauptung richtet, Sachzwänge verstellten den Weg alternativer Lösungen, ist ihr zuzustimmen. Wenn sich die Kritik jedoch gegen das Argument richtet, es gebe keine *bessere* Alternative als der eingeschlagene Kurs, so muss der Nachweis geführt werden, dass ein anderer Weg bessere Ergebnisse zeitigt.

Wirkung (im Sinne von Wachstum) erzeugen würden. Die Öffnung nationaler Grenzen führte also zur Globalisierung: einer Verdichtung von Raum und Zeit (Effizienz), um Wirtschaftswachstum zu erzeugen (Nachtwey 2016: 51-68; Tuschhoff 2015a: 238-240).

Dabei nahm man *volens nolens* in Kauf, dass Grenzöffnung mit erheblichen Verlusten von Schutz für die Volkswirtschaften, Gesellschaften und politischen Systeme bedeutete. Denn nach der Öffnung konnten Akteure und politische Kräfte außerhalb von Staaten ungehinderter als zuvor in diese Länder eingreifen. Grenzöffnung steigerte deshalb die wechselseitigen Abhängigkeiten, die man Interdependenz nennt (Keohane/ Nye 1989; Tuschhoff 2015a: 125). Sie ging mit einem Kontroll- und Souveränitätsverlust von Staaten und Gesellschaften einher.

Darüber hinaus führte die zweite Stoßrichtung des Neoliberalismus zu innenpolitischen Reformen in den einzelnen Ländern: Für höheres Wirtschaftswachstum musste mehr Wettbewerb in der Marktwirtschaft erzeugt werden. Dies sollte dadurch gelingen, dass der Markt von Bestimmungen befreit wurde, die Wettbewerb behinderten. Die Abschaffung von wettbewerbshinderlichen Bestimmungen heißt Deregulierung. Staatliche Regeln, die den freien Markt behinderten, wurden abgeschafft. Der Staat zog sich aus der Wirtschaft zurück, um sie sich freier entfalten zu lassen (Nachtwey 2016: 87). Von derartigen staatlichen Fesseln befreit würden die Akteure in der Wirtschaft viel aktiver und produktiver arbeiten können und daher Wachstum erzeugen.³

Hinzu kam, dass der Neoliberalismus den Sozialstaat schlicht für überflüssig hielt und deshalb, wenn nicht vollständig abschaffen so doch erheblich zurückschneiden wollte

(Nachtwey 2016: 94-98). Freie Individuen könnten selbst für ihre Leben sorgen und bedurften keiner staatlich organisierten Rückversicherung und der Solidarität in der Gesellschaft. Daher wurden die Leistungen des Sozialstaats an Bedürftige gekürzt und/oder an neue Bedingungen geknüpft. „Fordern und Fördern“ bedeutete, dass der Staat nunmehr einen Nachweis von Leistungsbereitschaft der Bedürftigen verlangte, bevor er sozialstaatliche Unterstützung gewährte (Nachtwey 2016: 96). Dieses neue Prinzip setzte gerade die Schwächsten in der Gesellschaft einem höheren Druck aus als zuvor.

Folgen neoliberaler Reformen

Im Ergebnis neoliberaler Reformprogramme kam es in den Ländern zu erheblichen Verschiebungen (Crouch 2014; Lammert/ Vormann 2016). Der Abbau des Sozialstaates bedeutete, dass sich die Gewichte zwischen latent konfligierenden wirtschaftspolitischen Zielen nachhaltig verschob. Zuvor standen die Erzeugung von Wachstum durch Wettbewerb am Markt einerseits und die Umverteilung gesamtwirtschaftlicher Gewinne auf sozial benachteiligte Gruppen andererseits in einem mehr oder minder ausgewogenen Verhältnis zueinander. Nach den Reformen dominierte das Ziel der Wachstumserzeugung und das Ziel der gesellschaftlichen Umverteilung wurde ihm untergeordnet. Damit war die Entstehung oder die Vertiefung sozialer Ungleichheiten vorprogrammiert (Mildner/ Howald 2016: 443). Wie die Politikwissenschaftlerin Kathleen Thelen in ihrer Amtsantrittsrede als Präsidentin der *American Political Science Association* eindruckvoll erläuterte, veränderten sich die Lebenswelten der Amerikaner nachhaltig, weil die neoliberalen Reformen die Arbeitsbedingungen erheblich verschlechterten

³ Steven Vogel (2018) bestreitet dieses Argument vehement. Zumindest in der Praxis habe der amerikanische Staat weder dereguliert noch sich aus der Wirtschaft zurückgezogen.

Allerdings wurden die unterschiedlichsten Modelle von Regulierungen entwickelt. Insofern führte der Neoliberalismus zu keinem einheitlichen Politikmodell.

(Thelen 2019). Dies musste zu Debatten und gesellschaftlichen Konflikten über soziale Gerechtigkeit führen.

Deregulierung und Sozialstaatsabbau veränderten überdies die Machtbalance zwischen Staat und Märkten. Susan Strange drückte dies prägnant so aus: Zuvor verhandelten Staaten mit anderen Staaten; heute verhandeln Staaten immer noch mit anderen Staaten, aber sie müssen zusätzlich auch mit großen Wirtschaftsunternehmen verhandeln. Das bedeutet staatlichen Machtverlust (Stopford/ Strange 1991: 2).

Da es sich bei diesen Reformen und politischen Prozessen also um ganz erhebliche Umbaumaßnahmen mit erheblichen Folgen für breite Schichten der Gesellschaft handelte, überrascht es, dass sie trotz dieser Konflikthaftigkeit weitgehend durchgesetzt werden konnte. Gerade in den USA setzte massiver politischer Widerstand erst im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ein. Dennoch verfolgte der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze (2018) die vielfältigen Ursachen dieser Krise jeweils bis zu den Reformen der 1970er und 1980er Jahre zurück. Eine Erklärung für diese verspätete Reaktion ist, dass sowohl Republikaner als auch Demokraten die Reformprogramme umsetzten. Kritische Historiker machen gerade die demokratische Partei und den demokratischen Präsidenten Jimmy Carter dafür verantwortlich, dass sie im entscheidenden Jahrzehnt der 1970er Jahre keinen Widerstand gegen den Neoliberalismus geleistet hätten (Stein 2010).⁴ Deregulierung und Abbau des Sozialstaates seien zu Lasten der unteren und Mittelschichten der Gesellschaft gegangen.

Ein weiterer Grund für die erfolgreiche Umsetzung des neoliberalen Reformprogramms war, dass der damit einhergehende Umbau von einer produzierenden in eine Dienstleistungsgesellschaft die politische Interessenvertretung der

Arbeiterklasse nachhaltig schwächte. Die in den USA ohnehin nicht stark ausgeprägte politische Macht von Gewerkschaften schmolz weiter dahin (Thunert 2016: 289-291; Tooze 2018: 44). Vereinzelte Arbeitnehmer ohne politische Interessenvertretung können jedoch nicht wirksam kollektiven Widerstand leisten (Thelen 2019: 16-19). Diese Vereinzelingung der Bürger (Reckwitz 2017), die aus ihren angestammten sozialen Gemeinschaften herausgelöst wurden, war durchaus Teil des neoliberalen Reformprogramms. Soziale Vereinzelingung ging einher mit Entsolidarisierung (Bude 2019; Nachtwey 2016: 107-110) und dem Rückgang von Sozialkapital (Putnam 2000).

Der Verlust von Sozialkapital umfasst auch einen Rückgang von Vertrauen in die politischen Institutionen der USA. Dies ist ein Grund dafür, dass die Distanz zwischen Gesellschaft und Staat größer wurde. Deshalb, so argumentieren Kritiker weiter, wurde der Neoliberalismus zu einer großen Herausforderung für die Demokratie selbst. Wenn nicht mehr Wähler, die mit jeweils gleichem Stimmgewicht ausgestattet sind, die wesentlichen politischen Entscheidungen treffen, sondern Marktakteure, die mit sehr unterschiedlicher wirtschaftlicher Macht ausgestattet sind, dann entsteht eine Post-Demokratie (Crouch 2004; 2014; 2017; Nachtwey 2016: 89-94).

Das Rechtfertigungsnarrativ zur Legitimierung des Neoliberalismus

Es besteht kein Zweifel, dass derart eingreifende Umbauprozesse der Rechtfertigung bedürfen, die den Bürgern einleuchtet, so dass sie den politischen Umbau akzeptieren und mittragen (Nachtwey 2016: 78-86). Kulturpolitisch sang der Neoliberalismus deshalb das hohe Lied von der individuellen Leistungsbereitschaft und der Selbstverwirklichung, wenn der Staat die Bürger nicht länger gängelle. Der von Bill Clinton im

⁴ Siehe dazu auch die Kontroverse in Phelan et al. (2011)

Wahlkampf propagierte Slogan „*it's the economy, stupid*,” (es ist die Wirtschaft, du Dummkopf) brachte das neoliberale Versprechen griffig auf den Punkt. Wenn nur den wirtschaftlichen Akteuren freie Hand gelassen werde, entstehe Wachstum, mit dem der Lebensstandard aller Bürger angehoben werden könne (Vormann 2018: 225-227).

Dieses materielle Versprechen wurde jedoch gleichzeitig durch ein immaterielles ergänzt: Individuelle Freiheit führe auch zur Selbstverwirklichung (Vormann 2018: 225). Dass dieses immaterielle Versprechen bei Bürgern auf fruchtbaren Boden fallen konnte, lag zumindest teilweise auch an der sogenannten „stillen Revolution“ (Inglehart 1977; 1997). Westliche Gesellschaften erweiterten ihr Repertoire an Wertvorstellungen von materiellen Bedürfnissen (wachsender Lebensstandard) zu post-materiellen Einstellungen wie Menschenrechten, Umweltschutz, Emanzipation und insbesondere individueller Selbstverwirklichung. Die Gesellschaft förderte deshalb Bürger, die den Anspruch stellten, möglichst einzigartig zu sein. Dieses individuelle Streben nach Besonderheit und Einzigartigkeit veränderte fundamental die Beziehungen zwischen Individuen und damit der Gesellschaft insgesamt (Reckwitz 2017).

Mit dieser Verschiebung in den politischen Einstellungen der Bürger verschoben sich auch die Maßstäbe, mit denen politische, soziale und wirtschaftliche Prozesse beurteilt werden sollten. Es mag intuitiv rätselhaft erscheinen, dass viele Amerikaner sich damit zu arrangieren schienen, dass für die Erhaltung des erworbenen Lebensstandards einer Familie das Einkommen des üblicherweise arbeitenden Mannes nicht mehr ausreichte. Immer mehr Frauen gingen arbeiten, damit die Familie ihren erworbenen Lebensstandard beibehalten konnte (Murswieck 2016: 97-98). Doch darin sahen viele nicht unbedingt eine Verschlechterung ihrer Lebenssituation, sondern häufig sogar eine Verbesserung. Arbeitende Frauen

verwirklichten sich selbst, sie waren emanzipiert, selbständig und (wirtschaftlich) unabhängig. Angesichts dieses großen Zugewinns an Lebensqualität spielte die Tatsache, dass mit dieser Mehrbelastung kein materieller Gewinn einherging, keine ausschlaggebende Rolle. Zufriedenheit beruhte nicht mehr nur auf der Befriedigung materieller Bedürfnisse, sondern auch immaterieller Wünsche. Selbstachtung, Selbstwertgefühl und gesellschaftliche Anerkennung wurden dadurch erworben, dass man eine (Arbeits-)Leistung erbrachte.

Diese Austauschbeziehungen materieller und immaterieller Einstellungen konnte sich das Rechtfertigungsnarrativ des Neoliberalismus zunutze machen. Soziologen konnten zeigen, dass dieses neue Selbstbild der Bürger auch die Beziehungen zu anderen und damit das Gefüge der gesamten Gesellschaft veränderte (Bude 2019: 44-45). Dies zeigte sich ganz besonders in der Arbeitswelt. Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit wurden tragende Säulen von Einstellungen auch abhängig beschäftigter Angestellter – der Begriff „Arbeiter“ verschwand zunehmend aus dem gebräuchlichen Wortschatz, weil die neuen das Selbstbild prägenden Werte damit nicht ausgedrückt wurden. Selbstbewusste Individuen benötigen auch keine Organisationen wie Gewerkschaften, um ihre Interessen wirksam zu vertreten. Das gelänge ihnen selbst.

Von diesem neuen Selbstbild war es nur noch ein kleiner Schritt, mit dem das neoliberale Prinzip von „Fordern und Fördern“ gesamtgesellschaftlich akzeptiert wurde. Damit wurde ein vollkommen neues Verständnis von gesamtgesellschaftlicher Solidarität geschaffen (Bude 2019: 58-66), das nunmehr den dominierenden Konsens bildete. Hinzu kam, dass diese neue Qualität von Individualismus auch die Beziehungen der Bürger zur Politik auf eine völlig neue Grundlage stellte. Im „goldenen Zeitalter“ pflegten Bürger eine Art treue Gefolgschaft zur Politik (*allegiance*). Im Zuge vom

Neoliberalismus veränderten Selbstbild wurde immer stärker ein Verhältnis von Selbstbewusstsein und Durchsetzungskraft (*assertiveness*) gepflegt (Dalton/ Welzel 2014; Welzel/ Dalton 2014). An die Stelle von loyaler Unterstützung der Politik trat Kritik und Protest.

Wirtschaftlicher Erfolg als Beweis für die Gültigkeit des neoliberalen Versprechens

Es wäre jedoch zu einfach, den Grund für die ursprüngliche Akzeptanz gesellschaftlich und wirtschaftlich einschneidender Reformen des Neoliberalismus ausschließlich in der stillen Revolution von Werten zu sehen. Ohne den Nachweis, dass es dem Neoliberalismus gelang, seine Versprechen zumindest teilweise einzulösen, wäre der gesellschaftliche Konsens, auf dem seine Legitimität beruhte, wohl schon viel früher zerbrochen. Wesentlich war deshalb, dass es tatsächlich gelang, gesamtwirtschaftliches Wachstum zu erzeugen. Dieses Wachstum war besonders in den USA ausgeprägt. Davon profitierten unterschiedliche Einkommensgruppen jedoch in einem ausgesprochen ungleichen Maß (Congressional Budget Office 2019: 15, 21; Lammert 2018: 213). In europäischen Ländern, die stärker als die USA an ihren Wohlfahrtsstaaten festhielten, wurden systematisch geringere Wachstumsraten erwirtschaftet als in Amerika (Mildner/ Howald 2016: 442; Schwartz 2009b). Dies konnte als Beweis dafür verwendet werden, dass neoliberale Wirtschaftsreformen tatsächlich zu höheren Effizienzgewinnen für die Gesamtwirtschaft führten. Insbesondere die 1990er Jahre waren von wirtschaftlichem Wachstum gekennzeichnet (Tooze 2018: 26). In diesem Punkt schien es zunächst, als könnte der Neoliberalismus sein Versprechen halten. Allerdings erreichten die Wachstumsraten nicht mehr die Höher

derer im „goldenen Zeitalter.“ Zusätzlich wurde dieses Wachstum durch steigende soziale Ungleichheit teuer erkaufte.

Zurecht wenden jedoch Kritiker ein, dass dieses gesamtwirtschaftliche Wachstum erhebliche Nebenwirkungen erzeugte. Dem Staat gelang es immer weniger, seine Ausgaben durch Steuereinnahmen zu finanzieren. Das Haushaltsdefizit stieg immer weiter an. Die Staatsverschuldung stieg (Mildner/ Howald 2016: 444-445). Steigende Militärausgaben und Steuersenkungen republikanischer Präsidenten und Mehrheiten im Kongress steigerten dieses Problem zusätzlich. Präsident George W. Bush verwandelte den von Bill Clinton geerbten Haushaltsüberschuss in ein dauerhaftes Haushaltsdefizit (Tooze 2018: 27). Außerdem hatte die zur Globalisierung führende wirtschaftliche Grenzöffnung die Folge, dass die Herstellung von Waren immer stärker im Ausland erfolgte. Die Internationalisierung von Wirtschaft führte zu einer Spezialisierung und Arbeitsteilung, bei der die USA zunehmend Dienstleistungen stellten und andere Staaten die Warenproduktion erbrachten. Damit verwandelten sich die USA zu einer Dienstleistungsgesellschaft, die Arbeiter im produzierenden Gewerbe zu Globalisierungsverlierern machte. Dieser Verlust war besonders in Regionen konzentriert und spürbar, deren Wirtschaft auf Produktion beruhte (Acemoglu et al. 2016; Autor/ Dorn/ Hanson 2013; 2016).⁵

Ein zweiter Einwand ist, dass die Verlagerung von Produktion ins Ausland das Defizit der amerikanischen Außenhandelsbilanz erheblich vergrößerte. Die USA importierten und konsumierten wesentlich mehr Waren als sie ausführten. Diesem seit Jahren bestehenden amerikanischen Handelsbilanzdefizit standen Handelsbilanzüberschüsse von vor allem Exportnationen wie Deutschland und China gegenüber, die ebenfalls

⁵ Wirtschaftsfachleute stritten vehement darüber, ob dieser Sachverhalt eine Folge von Arbeitsplatzverlagerung in die Schwellenländer

oder die Folge von Automatisierung und Digitalisierung also von technologischer Innovation sei (Autor 2018; Wood 1991; 1995).

sehr stabil sind. Internationale Spezialisierung und Arbeitsteilung führten also zu sogenannten globalen Ungleichgewichten (Gopinath 2019; Hughes Hallett/ Martinez Oliva 2012; Pettis 2014; Williamson 2012). Der Handelsbilanzüberschuss der Exportnationen konnte nur dadurch aufrechterhalten werden, dass diese Länder ihre Exporterträge nicht in ihre Länder zurückholten, sondern dieses Kapital möglichst sicher in den USA anlegten. Deshalb war die Leistungsbilanz zwischen den USA und den Exportnationen ausgewogen. Manche Wirtschaftswissenschaftler halten deshalb eine unausgewogene Handelsbilanz dann für kein Problem, wenn eine ausgewogene Leistungsbilanz bestehe (Tuschhoff 2018b: 3). Die Währungs- und Wechselkurspolitik der Exportnationen verhinderte zudem, dass das verarbeitende Gewerbe in den USA seine Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen konnte. Die internationale Wirtschaft spaltete sich in Überschussländer und Defizitländer auf (Tooze 2018: 34). Insbesondere der Internationale Währungsfonds weist aber regelmäßig darauf hin, dass dauerhafte Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft nicht nachhaltig sind. Deshalb empfiehlt er den Staaten, Korrekturmaßnahmen einzuleiten und ggf. multilateral abzustimmen (Gopinath 2019; International Monetary Fund 2019). Auf die aus diesen internationalen Verflechtungen hervorgehende Problemlage wird jedoch weiter unten eingegangen.

Für die USA und deren Bürger ergab sich jedoch zunächst eine wirtschaftlich eher komfortable Lage. Denn billige und qualitativ hochwertige Waren aus dem Ausland wurden gerne gekauft. Über gute Möglichkeiten zum Konsum zu verfügen, verschaffte den Bürgern den Eindruck, ein gutes Leben führen zu können. Hinzu kam, dass solange der Staat seine Ausgaben teilweise durch Schuldenaufnahme finanzieren konnte und dafür Gläubiger aus dem Ausland nutzte, war er nicht gezwungen, die Bürger mit Steuererhöhungen zu belasten.

Handelsbilanzdefizit und Haushaltsdefizit hängen deshalb zusammen (Tooze 2018: 28, 30). Hinzu kommt, dass die Gläubiger aus dem Ausland den USA ihr Geld zu sehr günstigen Bedingungen verleihen. Da die Rückzahlung von Schulden erst nach einiger Zeit erfolgt, gleicht die inzwischen stattgefundene Inflation diese Kosten zu einem guten Teil aus. Auch dieser Zusammenhang kam den USA zugute.

Und schließlich ermöglichten die hohen Kapitalzuflüsse aus dem Ausland vielen Amerikanern die Bildung von Vermögen, die ohne Internationalisierung und Handelsbilanzdefizite nicht möglich gewesen wären. Dies zeigte sich insbesondere am Immobilienmarkt. Die Möglichkeit, sich extrem günstig bei ausländischen Gläubigern zu verschulden, erlaubte es vielen Bürgern, Immobilien zu erwerben, schon erworbene Immobilien zu beleihen und diese zu modernisieren oder diese Immobilienkredite für Konsumzwecke zu nutzen. Die Zahl der Immobilieneigentümer stieg an und erreichte auch solche gesellschaftlichen Gruppen wie ethnische Minderheiten, die sich unter weniger günstigen finanziellen Bedingungen keine Immobilie hätten leisten können. Auch diese Gruppen verspürten so wie schon andere zunächst einen wirtschaftlichen Aufschwung. Sie konnten deshalb den Eindruck gewinnen, der Neoliberalismus löse seine Versprechen ein. Gerade die demokratische Partei förderte auch aus Gründen der Gleichstellung Immobilieneigentum von Minderheiten, das zuvor der weißen Mehrheit vorbehalten war. Nach der Finanzkrise geriet diese Politik der Gleichstellung von Minderheiten in die Kritik von Weißen, weil die erforderlichen und sehr teuren staatlichen Rettungspakete angeblich gerade diesen Minderheiten zugutegekommen seien (Tooze 2018: 47).

Eine wichtige Voraussetzung dafür war aber, dass eine Reihe von kommerziellen Dienstleistern dabei half, diese Vermögen zu bilden. Finanzdienstleister und Banken kanalisiert den Zufluss von Kapital aus

dem Ausland so, dass es konsumfreudige oder nach Immobilienvermögen strebende Amerikaner erreichte. Immobilienmakler vermittelten die Objekte. Spezialisten für Kredite arbeiteten die individuellen Finanzierungen aus (Tooze 2018: 51-56). Und der Staat half mit der Unterstützung von Einrichtungen wie Freddy Mac und Fanny Mae dabei, das verfügbare Volumen der Hypothekenfinanzierung in den USA erheblich zu erweitern (Tooze 2018: 46).

Allerdings war diese Art von Vermögensbildung nur vorübergehend erfolgreich und gerade nicht nachhaltig. Die Finanzkrise von 2008 machte sie wieder zunichte. Kreditfinanziertes Vermögen wie Immobilien bergen das Risiko, es zu verlieren, wenn die Kredite nicht nachhaltig finanziert werden können. Die Zahl der Immobilieneigentümer fiel vom Höhepunkt 2005 von fast 70 Prozent aller Hausbewohner wieder auf den Stand der 1960er Jahre von etwa 60 Prozent zurück (Tooze 2018: 43; United States Census Bureau 2019). Die Immobilieneigentümer erfuhren schmerzlich, dass sie hohe Risiken eingegangen waren, gegen die sie niemand schützte. Sie seien unwillkürlich zu Spekulanten gemacht worden, folgert Adam Tooze (2018: 65). Wer seine Immobilien und sein Vermögen verlor, musste deshalb den Eindruck gewinnen, von der Politik und der Wirtschaft, also den Eliten, betrogen worden zu sein.

Fehlleistungen und Kritik am Neoliberalismus

Alle Punkte zusammen genommen verweisen darauf, dass der Neoliberalismus tatsächlich einige Vorteile erbracht hat. Er funktionierte für eine gewisse Zeit gut und ermöglichte den Erhalt des erzielten Lebensstandards, Konsum und Vermögensbildung. Die Volkswirtschaft als Ganzes wuchs.

Aber Kritiker weisen zurecht darauf hin, dass diese Entwicklung auf tönernen Füßen stand und deshalb nicht nachhaltig war. Die größte Schwäche bestand darin, dass die

soziale Ungleichheit in der Gesellschaft ungeahnte Höhen erreichte. Gemessen an Einkommen und Vermögen wurde die Kluft zwischen Armen und der Mittelschicht einerseits und den Reichen andererseits immer größer (Murswieck 2016: 101-102). Seit den 1970er Jahren hielten Lohnzuwächse nicht mehr mit der Steigerung der Produktivität Schritt (Tooze 2018: 26). Auf diese Weise wurde die große Mehrheit der Amerikaner vom gesamtwirtschaftlichen Wachstumsgewinn abgekoppelt. Reiche konnten dagegen die wirtschaftlichen Gelegenheiten besser nutzen als andere, die ihnen die Globalisierung bot (Viola 2017: 334). Vor allem liehen sie billiges Kapital aus dem Ausland und legten es dort wieder in Form von längerfristigen Auslandsinvestitionen an. Mit diesen Auslandsinvestitionen erzielten sie höhere Erträge als sie an ihre ausländischen Kapitalgeber für Zins und Tilgung entrichten mussten. Die Differenz strichen sie als Gewinn ein. Diese Einkünfte aus Kapitalvermögen stiegen schneller an als Einkünfte aus Löhnen und Gehältern, wie Thomas Piketty mit seiner einfachen Formel darlegte (Piketty 2014). Hinzu kam, dass die politischen Programme zur Kompensation von Globalisierungsverlierern trotz zahlreicher Reformen kaum wirksam waren und die ökonomischen Härten von Globalisierungsverlierern nicht nachhaltig ausgleichen konnten (Püschel 2016: 472-475). Kurz, das durch Globalisierung und Deregulierung erzeugte Wachstum der amerikanischen Volkswirtschaft als Ganzes kam bei den allermeisten Amerikanern nicht an, sondern erreichte nur die reichen Bevölkerungsschichten. Die soziale Ungleichheit stieg massiv an.

Doch Wirtschaftswissenschaftler entdeckten noch weitere Schwachstellen neoliberaler Wirtschaftspolitik (Rajan 2011: Kapitel 4). Zwar war die Arbeitslosigkeit in den USA gering, aber dieser Indikator für Wohlstand sei trügerisch. Denn er erfasst nicht den Anteil der Bevölkerung, die keine Arbeit hat und auch keine mehr bekommt bzw. aktiv

sucht. Deshalb ist die Beschäftigungsquote, also der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, die über eine Beschäftigung verfügt, der aussagekräftigere Indikator. Diese Beschäftigungsquote ging nun kontinuierlich immer weiter zurück. Dies bedeutete, dass immer weniger Bürger am wirtschaftlichen Leben in den USA teilnahmen. Stattdessen wurden sie marginalisiert (Püschel 2016: 462-463; 465-467). In diesem Zusammenhang liegt auch eine wichtige Erklärung dafür, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander ging. Darunter litten vor allem diejenigen Amerikaner, die nicht besonders gut ausgebildet waren (Norrlof 2018: 80).

Gerade diese Gruppe wurde zusätzlich davon benachteiligt, dass das Ausbildungssystem in den USA nicht besonders gut ausgestaltet ist und deshalb nur geringe soziale Mobilität, d.h. den Aufstieg durch Bildung, ermöglichte. Im internationalen Vergleich schneidet das amerikanische Ausbildungssystem schlecht ab. Es zementiert die soziale Spaltung des Landes, weil es für ärmere Bevölkerungsgruppen keinen Weg zum beruflichen Erfolg öffnet (Dobbin/ Bieber 2016). Der amerikanische Traum, man könnte vom Tellerwäscher zum Präsidenten werden, ist ein Mythos, weil das Ausbildungssystem diesen Weg verstellt (Murswieck 2016: 102-107; Rajan 2011: Kapitel 9).

⁶ Die Lektüre von Arbeiten deutscher Experten hinterlässt meist den Eindruck, dass derartige wirtschaftspolitische Fehlleistungen in der deutschen sozialen Marktwirtschaft nicht möglich seien, weil der Sozialstaat besser ausgebaut und daher funktionstüchtig sei. Man spürt geradezu die unausgesprochene Politikempfehlung an die USA, sich am deutschen Modell auszurichten, dann sei alles in Butter. Diesem Eindruck soll aus mehreren Gründen entgegengetreten werden. Zunächst ist erstens zu fragen, wie die Stagflation hätte überwunden werden können, ohne das Instrumentarium des Neoliberalismus zu nutzen. Hier fehlt es an einleuchtenden Alternativvorschlägen. Zweitens ist es

Hinzu kommt, dass auch das amerikanische Gesundheitssystem ärmere Bevölkerungsschichten benachteiligt. Diese Gruppen sind gesundheitlichen Risiken ausgesetzt, für die die Gesellschaft sie nicht hinreichend absichert. Zwar verfügen die USA über eine herausragende medizinische Versorgung, die auf neuesten Forschungen und Erkenntnissen beruht. Diese ist jedoch dermaßen teuer, dass viele Menschen sie sich nicht leisten können. Viele sind wegen der hohen Kosten auch nicht krankenversichert (Lammert 2016: 370-373).

Diese von Fachleuten zusammen getragenen Befunde münden in die Kritik, dass der Neoliberalismus die Risiken für die Menschen massiv erhöht habe, gleichzeitig aber der Sozial- und Wohlfahrtsstaat massiv abgebaut wurde, so dass die Bürger nunmehr allein den höheren Risiken ausgesetzt sind. Wenn wundert es daher, dass viele Amerikaner höchst verunsichert sind. Diese Unsicherheit wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass viele keine Möglichkeit mehr sehen, selbst etwas an ihrer Lebenssituation zu ändern, weil sie nicht mehr am Wirtschaftsleben beteiligt sind.⁶

Während diese Prozesse eher schleichend und über längere Zeiträume verliefen, kulminierten sie in der Finanzkrise 2008, die mit einem Schlag die gesamte Misere offenlegte und daher einen tiefen Eindruck bei den Bürgern hinterließ (Lammert 2018:

höchst zweifelhaft, ob in einzelnen Ländern mit spezifischer Problematik entwickelte Modelle international portiert werden können und in anderen Ländern die gleichen Wirkungen entfalten. Die Literatur zu sozialen Produktionssystemen hat eine solche Portierbarkeit jedenfalls heftig bestritten (Hollingsworth 1997; Hollingsworth/ Boyer 1997; Hollingsworth/ Schmitter/ Streeck 1994). Drittens sind die Fehlleistungen des Neoliberalismus nicht ausschließlich hausgemacht. Vielmehr wirken binnenwirtschaftliche und internationale Prozesse zusammen, wie noch weiter unten ausgeführt wird (Rajan 2011; Schwartz 2009a; Schwartz 2009b).

215-217). In einer Untersuchung zu Finanzkrisen legte eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern dar, dass die meisten Finanzkrisen zu einer einheitlichen politischen Reaktion der betroffenen Bevölkerungen in Demokratien führt: Sie wenden sich extrem rechten politischen Parteien zu (Funke/ Schularick/ Trebesch 2015). Zwar fehlt dieser Untersuchung ein einleuchtendes Argument, warum Menschen sich politisch nach rechts statt nach links wenden (Viola 2017: 335), aber eine Korrelation scheint zu bestehen.

Zusammenfassend fällt die Bilanz der neoliberalen Wirtschaftspolitik höchst gemischt aus: Es gelang einerseits die Stagflation zu überwinden und zu wirtschaftlichem Wachstum zurückzukehren. Die Öffnung der Wirtschaft im Sinne von Globalisierung schaffte mehr Wettbewerb und erwirtschaftete Effizienzgewinne. Andererseits aber stieg die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft an, weil vor allem nur Reiche vom neuen Wachstum profitierten. Zusätzlich wuchsen die Risiken für ärmere Bürger. Diese wurden damit auch wegen der Betonung von Eigenverantwortung allein gelassen. Als die Finanzkrise diese Misere schonungslos offenlegte, waren die Bürger so verunsichert und entmutigt, dass sie ihr politisches Heil bei rechten Politikern wie Donald Trump suchten, weil sie sich von den etablierten Eliten betrogen und verraten fühlten (Lammert 2018).

Trump gewann die Präsidentschaftswahl 2016 mit dem Versprechen, den Interessen der einfachen Bürger Vorrang vor denen von Reichen einzuräumen, der Frage von Wohlstandsverteilung Priorität zu geben über Wohlstandserwirtschaftung und die Interessen der USA in der Welt höher zu gewichten als die Interessen anderer Staaten. Trump versprach nichts weniger als eine Rekonfiguration von Innen- und Außenpolitik, die seine Anhängerschaft überzeugte.

Die Trump Präsidentschaft: Rekonfiguration des neoliberalen Modells

Aus der vorangegangenen Darstellung wird deutlich, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik kein unumstrittenes Allheilmittel war, sondern ihre politische Attraktivität dem damals akuten Problem der Stagflation verdankte. Die Kritik an den Fehlleistungen weist darauf hin, dass dieses Modell eher einen Zielkonflikt (*trade-off*) als eine *win-win* Lösung darstellte. Die Überwindung der Stagflation wurde als übergeordnetes Problem verstanden, das gelöst werden musste. Den Nebenwirkungen wurde zumindest damals weniger politisches Gewicht eingeräumt, weshalb sie zunächst vernachlässigt wurden. Nach der Finanzkrise 2008 verschoben sich diese Gewichtungen wieder, weil die Fehlleistungen stärker in den Vordergrund getreten waren und ihnen deshalb höhere politische Aufmerksamkeit zu Teil wurde. Die „Nebenwirkungen“ rückten verstärkt ins Blickfeld.

Insofern ist die Präsidentschaft von Donald Trump nicht als Abkehr vom neoliberalen Modell zu interpretieren etwa in Richtung Neorealismus, wie einige argumentieren (Schweller 2018). Vielmehr handelt es sich um eine Rekonfiguration, bei der einige Elemente neu gewichtet wurden (Norrlof 2018: 72). Diese neue Konfiguration folgte aber gerade *nicht* den von deutschen Autoren stammenden Empfehlungen, den Sozialstaat auszubauen, um auf diese Weise die soziale Ungleichheit zu beseitigen und die Risiken der Bürger besser abzusichern (Lammert 2018; Lammert/ Vormann 2016). Vielmehr ist zu erwarten, dass das größte Reformprojekt der Trump-Administration, die Steuerreform, die Ungleichheit weiter erhöht (Auerbach 2018; Slemrod 2018; Spengel et al. 2017). Allerdings beabsichtigt die Administration, die Risiken der Bürger, die angeblich eine Folge der Globalisierung seien, zu verringern. Deshalb rückte die amerikanische Außenpolitik und insbesondere die Außenwirtschaftspolitik in den Blick. Dagegen gab es auch von Seiten der

demokratischen Partei keinen wirksamen Widerstand (Falke 2018: 189). Kurz, die Trump-Administration hält an den innenpolitischen Elementen des Neoliberalismus fest bzw. verschärft sogar die soziale Ungleichheit durch weitere Steuerreformen. Veränderungen erfolgen schwerpunktmäßig in der Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Die Risiken der Globalisierung für die Amerikaner sollen dadurch verringert werden, dass auf internationale Effizienz- und Wachstumsgewinne bewusst verzichtet wird. Zusätzlich sollen die nationalen Anteile an der Weltwirtschaft zugunsten der USA umverteilt werden.

Die Trump-Administration vertritt die Auffassung, dass die USA international unfair und ungerecht behandelt wurden (Viola 2017: 322). Sie trügen eine viel zu hohe Last dafür, dass sie andere Länder militärisch beschützten und ihnen ermöglichten, in den USA Geschäfte zu machen. Andere Länder hätten es geschafft, die USA in internationale Organisationen einzubinden, um ihnen die Kosten für internationale Zusammenarbeit aufzubürden. Die Trump-Administration sieht in diesen internationalen Entwicklungen und den damit zusammenhängenden Fehlern ihrer Vorgängerinnen die Hauptursache für die Fehlentwicklungen in den USA (Falke 2018: 182-183, 190), die andere auf die innenpolitischen Fehlleistungen des Neoliberalismus zurückführen, wie oben gezeigt wurde. Andreas Falke (2018: 187) macht explizit die mangelnde Ausweitung der sozialen Sicherungssysteme dafür verantwortlich, dass die steigende Einbindung der USA in die Weltwirtschaft zu einer innenpolitischen Revolte gegen Freihandel führte.

Als Antwort auf die wachsende Unpopularität von Freihandel folgten deshalb auch unmittelbar einschneidende Änderungen amerikanischer Aussenpolitik, die zu vielfältigen Konflikten mit anderen Staaten führten. Denn „America First“ ist vor allem der Versuch, innenpolitische Probleme nach außen zu verlagern – zu externalisieren.

Mittlerweile zeichnen sich die einzelnen Elemente dieser neuen Außenpolitik deutlich ab. Die USA lösten sich zunächst aus der Einbindung in internationalen Institutionen, weil die Administration sich davon eine Entlastung und Einsparung verspricht. Darüber hinaus fordern sie von Verbündeten, sich stärker an den Lasten für kollektive Verteidigung zu beteiligen. Konkreter: Verteidigungsbündnisse wie die NATO werden nicht wie bisher als partnerschaftliche Organisationen zur Bewältigung gemeinsamer Aufgaben verstanden, sondern als eine amerikanische Dienstleistung zum militärischen Schutz von Verbündeten. Dafür sollen diese Verbündeten nun die USA bezahlen. Zu diesem Zweck entwickelte die Trump-Administration die Formel Kosten plus 50 Prozent: Die USA berechnen ihren Verbündeten ihren Aufwand für diese Dienstleistung und zusätzlich 50 Prozent dieses Aufwandes, den sie als Gewinn einstreichen (Bundesregierung 2019; Pettyjohn 2019).

MACHTINSTRUMENTE FÜR AMERIKANISCHE DOMINANZ

Vor allem aber verschärfen die USA die wirtschaftspolitischen Konflikte mit anderen Staaten, indem sie drei entscheidende Hebel nutzen.

Zugang zum Markt amerikanischer Konsumenten

Der erste Hebel ist der freie Zugang zum amerikanischen Markt. Dieser Zugang wird durch Zölle beschränkt. Auf diese Weise werden ausländische Anbieter von Waren und Dienstleistungen in den USA gegenüber heimischen Anbietern diskriminiert. Die von den neoliberalen Reformern gewünschte Grenzöffnung und Globalisierung wird also teilweise zurückgenommen. Sie habe insbesondere dem amerikanischen produzierenden Gewerbe erheblich geschadet und gut bezahlte Arbeitsplätze vernichtet und/oder Löhne gesenkt. Die Zollpolitik der Administration belastet also die bisherigen Gewinner der Globalisierung:

Exporteure anderer Staaten, die bislang über freien Zugang zum amerikanischen Markt verfügten. Damit verbindet die Administration die Hoffnung, dass die verloren gegangenen Industrien und Arbeitsplätze wieder neu entstehen und die Bürger von Risiken der Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung entlastet werden.

Nutzung internationaler Asymmetrie unter Bedingungen hoher Interdependenz

Der zweite Hebel der Aussenpolitik von Donald Trump ist der Versuch, die im Zuge von Spezialisierung und Arbeitsteilung entstandenen Asymmetrien in der Weltwirtschaft machtpolitisch im Interesse der USA zu nutzen (Jacobsen 1981: 47-49, 88-89, 105-107, 111-115). Es liegt im Wesen der Globalisierung, dass Effizienzgewinne und in der Folge Wirtschaftswachstum dadurch entstehen, dass sich Volkswirtschaften auf Herstellung von Produkten und Dienstleistungen spezialisieren, die sie besonders gut und effizient produzieren können. Der Wettbewerb erzeugt Effizienz nicht nur bei Produkten, sondern auch bei der Zuteilung der für die Herstellung benötigten Ressourcen (Frieden/ Lake/ Schultz 2016: 334-339). Spezialisierung und Arbeitsteilung erhöht aber gleichzeitig auch wechselseitige Abhängigkeiten, d.h. die internationale Interdependenz, weil Volkswirtschaften die notwendige Fähigkeit zur Selbstversorgung verlieren, wenn sie sich spezialisieren statt eine umfassende Produktpalette eigenständig herzustellen. Interdependenz erzwingt deshalb internationale Kooperation. Die von der Spezialisierung verursachten Abhängigkeiten werden jedoch in dem Augenblick zum Konflikt, wenn ein Staat Kooperation einschränkt oder sogar vollständig aufkündigt. In diesem Moment treten „Empfindlichkeiten“ offen zutage. Darunter versteht man in der Interdependenzforschung diejenigen Kosten, die für einen Staat entstehen, wenn sich irgendwelche Entwicklungen außerhalb des eigenen Staates negativ auswirken (Tuschhoff 2015a: 125).

Diesen Zusammenhang macht sich die Trump-Administration zunutze, indem sie die internationale Kooperation in der Weltwirtschaft einschränkt. Zu diesem Zweck nutzt sie gezielt die Empfindlichkeiten anderer Staaten aus und fordert Zugeständnisse dafür, dass die USA die ursprüngliche Kooperation wiederherstellen. Trump setzt die asymmetrische Interdependenz gegen andere Staaten ein: Diese Staaten sind weitaus empfindlicher gegen abnehmende internationale Kooperation als die USA selbst. Deshalb vermutet die Administration, dass Exportnationen in Verhandlungen größere Konzessionen machen würden. Auf diese Art ist es beispielweise gelungen, den Vertrag über die nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) neu zu verhandeln und den Vertrag zwischen USA; Kanada und Mexiko (USMCA) zu schließen. Die Trump-Administration behauptet, dieser neue Vertrag sei günstiger für die USA und verringere die bisherigen Risiken von NAFTA für die Bürger. Nach diesem vermeintlichen Erfolg sieht die Administration sich ermutigt, diesen Hebel auch in Beziehungen zu anderen Staaten zu nutzen.

Die große Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler wendet an dieser Stelle des Gedankengangs ein, dass die protektionistische Zollpolitik der Trump-Administration auch den USA massiv schaden würden. Diesen Schaden erläutern sie anhand des Konzeptes des „komparativen Vorteils“ (Tuschhoff 2015a: 99; Tuschhoff 2015b). Denn der Abbau von internationaler Spezialisierung und Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Volkswirtschaften verringert den Wettbewerb. Ohne den Druck von Wettbewerb verkleinert sich die Effizienz im Markt. Diese Effizienzminderung müssen auch amerikanische Konsumenten mit höheren Preisen für Waren und Dienstleistungen und Inflation bezahlen. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum falle geringer aus. Dies wirke sich dann auch auf Beschäftigung und Lohnniveau aus.

So zwingend diese Argumentationskette zunächst erscheinen mag, so brüchig und realitätsfern ist sie auf den zweiten Blick. Sie beruht auf einer reinen Lehre bzw. Theorie in den Wirtschaftswissenschaften. Tatsache ist jedoch, dass es kein einziges Land gibt, das diese reine Lehre ohne Ausnahme politisch umsetzt (Frieden/ Lake/ Schultz 2016: 299). Hinzu kommt, dass die Argumentationskette auf einer Reihe von Annahmen beruht, die meist nicht thematisiert werden und die nicht überall vorzufinden sind. Vertreter einer Minderheit von Wirtschaftswissenschaftlern wie Dani Rodrik weisen jedoch auf diese Voraussetzungen hin, ohne die die Theorie ihre Wirkung nicht oder zumindest nicht im erwarteten Maß entfaltet (Rodrik 2011: 62). Aus diesen Gründen richten Staaten ihre Handelspolitik nie ausschließlich am Ziel der Effizienzsteigerung und Gewinnmaximierung aus. Dieses Ziel wird vielmehr gegen andere politische Ziele wie Sicherheit oder innergesellschaftliche Gerechtigkeit und Gewinnverteilung abgewogen. Zielkonflikte sind in internationalen Beziehungen omnipräsent.

Gerade die Trump-Administration hat eine Umgewichtung zwischen konfligierenden außenpolitischen Zielen vorgenommen. Die Erzielung von Effizienzgewinnen für die Volkswirtschaft insgesamt steht nicht mehr an oberster Stelle und ist deshalb nicht mehr anderen Zielen übergeordnet. Vielmehr betont die Administration Ziele wie nationale Sicherheit und Unabhängigkeit (Viola 2017: 332). Diese Begriffe versteht sie nicht in einem engen militärischen, sondern in einem weiten Sinn, der auch die Erhaltung von ganzen Industriezweigen, Arbeitsplätzen und Lohnniveau einschließt. Die Handelspolitik wird deshalb auch maßgeblich mit sicherheitspolitischen Argumenten gerechtfertigt. Dies hat überdies den weiteren Vorteil, dass die Trump-Administration sich dazu auf die entsprechende Ermächtigung der Exekutive stützen kann, die die Legislative in die lange bestehende

Handelspolitikgesetzgebung hineingeschrieben hat.

Die Handelspolitik als Kennzeichen der Außenpolitik unter Präsident Trump ist deshalb ein herausragendes Beispiel dafür, dass bei bestehenden Zielkonflikten (*trade-offs*) Umgewichtungen vorgenommen werden. Die Administration setzt nicht mehr einseitig auf Effizienz und Gewinnmaximierung wie zu Hochzeiten des Neoliberalismus, sondern stellt diese Ziele in ein neues Verhältnis zu anderen wie Sicherheit und Abbau von Risiken für Bürger. Die Verringerung von Effizienzgewinnen wird also sehr bewusst in Kauf genommen und dadurch gerechtfertigt, dass andere Ziele ebenfalls erstrebenswert sind. Insofern verhält sich die Administration gerade *nicht* so wie es die große Mehrheit von Volkswirtschaftlern empfiehlt, sondern eher wie ein risikobewusster Investor. Volkswirtschaftler setzten einseitig auf Effizienzgewinne und Gewinnmaximierung durch internationale Spezialisierung und Arbeitsteilung. Implizit nehmen sie die Risiken in Kauf, dass die eigene Volkswirtschaft von anderen abhängig wird und dass einige gesellschaftliche Gruppen im Zuge von Umverteilungsprozessen zu Verlieren dieser Freihandelspolitik werden, wenn es nicht gelingt, die volkswirtschaftlichen Gewinne innergesellschaftlich gerecht zu verteilen. Ein risikobewusster Investor lehnt dagegen eine solche Einseitigkeit ab, bei dem alle Eier in nur einen Korb – Effizienz- und Wachstumssteigerung - gelegt werden. Seine Risikovorsorge besteht darin, Vermögen möglichst breit auf verschiedene Anlagen zu verteilen. Davon verspricht er sich einen höheren Schutz vor unvorhersehbaren Ereignissen. Gleichzeitig verzichtet er auf Gewinne, die er möglicherweise erzielen könnte, wenn er sein Vermögen einseitig und daher risikoreich anlegen würde.

Dieser Gedankengang erklärt, warum die Handelspolitik der Trump-Administration nicht den Vorschlägen der Wirtschaftswissenschaften folgt. Denn der

Neoliberalismus hat gezeigt, dass insbesondere bestimmte gesellschaftliche Gruppen relativ schutzlos jenen Risiken ausgesetzt sind, die im Zuge von Globalisierung entstehen. Da der amerikanische Sozialstaat es nicht geschafft hat bzw. politisch daran gehindert wurde, diese Risiken zu verringern oder abzufedern, geht die Trump-Administration den Weg, sie durch handelspolitischen Protektionismus zu verringern. Sie folgt damit im Übrigen dem Wunsch ihrer Wähler und Anhänger (Tuschhoff 2018a: 4-9; Tuschhoff 2018b). Gleichzeitig nimmt die Administration offenbar das Risiko bewusst in Kauf, dass die Volkswirtschaft wieder in eine Stagflation wie in den 1970er Jahren gerät.

Dollardominanz exterritoriale Sanktionen und das „exorbitante Privileg“

Der dritte Hebel ist das kollektive Gut des U.S. Dollars als einzige wirklich internationale Währung. Die Bereitstellung dieses Kollektivgutes verschafft den USA international einige Vorteile, die die Trump-Administration einzusetzen vermag, um Aussenpolitik zu betreiben. Hierbei sind direkte und indirekte Möglichkeiten der Ausübung von Macht zu unterscheiden.

Eine direkte Form von Machtausübung beruht darauf, dass der Dollar weltweit das einzige Zahlungsmittel ist, das praktisch von allen Akteuren akzeptiert wird. Sie finden es bequem, wenn sie alle internationalen Transaktionen in Dollar verrechnen oder bezahlen können. Zudem gilt der Dollar verglichen mit anderen Währungen als wertbeständig. Damit sind Abrechnungen und Zahlungen in Dollar relativ risikolos. Die restlichen Risiken können bei Bedarf abgesichert werden. Weltweit gibt es deshalb ein extrem weit gespanntes Netzwerk zwischen Akteuren, die ihre internationalen Geschäfte in Dollar tätigen. Zu diesem Zweck benötigen sie jedoch Konten in den USA, über die der Zahlungsverkehr für diese Geschäfte abgewickelt wird. Diese Konten unterliegen aber der Aufsicht und Kontrolle amerikanischer Behörden. Diese

Behörden können entscheiden, wessen Geschäfte in Dollar abgewickelt werden können und welche nicht. Sie bestimmen darüber, wer Zugang zum international höchst begehrten, weil geschäftlich nutzbaren, Dollar bekommt.

Diese Möglichkeit, den Zugang zum Dollar als international akzeptiertes Zahlungsmittel zu beschränken, nutzen die USA etwa seit den 1990er Jahren mit wachsendem Erfolg. Sie haben im Finanzministerium eine eigene Abteilung aufgebaut, die den internationalen Zahlungsverkehr in Dollar systematisch überwacht und bei Bedarf Zugangsbeschränkungen verhängt. Zu diesem Zweck erzwingt sie die Kooperationsbereitschaft aller Akteure, die Zahlungsverkehr in Dollar abwickeln möchten. Denn sie verlangt von diesen Akteuren, insbesondere Banken und anderen Finanzdienstleistern, Geschäfte nur noch mit solchen Geschäftspartnern zu tätigen, gegen die die USA keine Sanktionen verhängt haben. Damit müssen auch Banken und Finanzdienstleister ihre Geschäftspartner ständig überwachen, ob deren Tätigkeiten im Einklang mit amerikanischen Bestimmungen stehen. Wer Geschäfte mit Partnern auf amerikanischen Sanktionslisten tätigt, verliert selbst den Zugang zum Dollar (Zarate 2013). Nur wer keine Geschäfte in Dollar tätigen möchte, kann Beziehungen zu Geschäftspartnern pflegen, die auf der Liste amerikanischer Sanktionen stehen. Die allermeisten Firmen wollen aber ihre gewinnbringenden Geschäfte in Dollar nicht gefährden und auch mit amerikanischen Partnern Geschäfte machen. Deshalb beugen sie sich dem amerikanischen Druck und brechen Geschäfts- und Finanzbeziehungen zu sanktionierten Geschäftspartnern ab. Wegen dieses Zusammenhangs verfügen die USA über ein sehr wirksames Instrument, internationale Sanktionen auch gegen solche Länder und Unternehmen zu verhängen, die keine Geschäfte mit den USA tätigen. Diese Form wird als „exterritoriale Sanktion“ bezeichnet. Gerade in den

Beziehungen zum Iran erweist sie sich zum Beispiel als höchst wirksam. Kurz, der Dollar als einzige uneingeschränkt internationalisierte Währung verschafft den USA ein außenpolitisches Instrument, das anderen Ländern nicht zur Verfügung steht. Sie können dieses Instrument nutzen, um andere zu Konzessionen zu zwingen. Auf diese Weise können wirtschaftliche Interessen amerikanischer Unternehmen international durchgesetzt werden oder Risiken der Globalisierung für die amerikanische Bevölkerung abgemildert und auf andere Länder abgewälzt werden.

Aber auch indirekt profitieren die USA davon, dass der Dollar als Währung international über eine so herausgehobene Stellung verfügt. Schon der frühere französische Finanzminister und spätere Präsident Giscard d'Estaing hat dies als „exorbitantes Privileg“ bezeichnet (Eichengreen 2011: 10). Die USA sind das weltweit einzige Land, das in der Lage ist, sich international in der eigenen Währung zu verschulden. Diese Möglichkeit verbilligt die Aufnahme von Schulden im Ausland ganz enorm. Sowohl der Staat als auch die Bürger können sich verschulden, ohne die Folgen fürchten zu müssen, die andere Staaten bei hoher Verschuldung zu gewärtigen haben. Denn trotz hohem Haushaltsdefizit, hohem Handelsdefizit und hoher privater Verschuldung erleiden die USA keine strukturellen Anpassungen. Wie hochverschuldete Staaten wie Argentinien oder Griechenland, oder Staaten, die wie Thailand in Finanzkrisen gerieten, schmerzlich erfahren mussten, stellen strukturelle Anpassungen erhebliche Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft dar, die den Lebensstandard der Bürger massiv absenken. Ein solches Tal der Tränen droht den USA nicht, weil sie sich davor mit Hilfe des Dollars schützen können. Sie verfügen über die Macht der „Verzögerung“ und der „Abwälzung“ (Cohen 2013; 2015).

⁷ Susan Strange definierte deshalb Finanzstruktur als „the sum of all the arrangements governing the availability of credit plus all

Vereinfacht ausgedrückt können sie im Fall von Krisen die notwendigen strukturellen Anpassungen auf andere Staaten abwälzen. Dieser Mechanismus schützt die amerikanische Wirtschaft und Gesellschaft wirksam vor der Gefahr, globalisierungsinduzierte Reformen durchführen zu müssen, die denen von Griechenland oder Argentinien vergleichbar wären.

Allerdings wird bei der Darstellung dieses für die USA zunächst sehr vorteilhaften Zusammenhangs häufig übersehen, dass den USA die international herausgehobene Stellung ihrer Währung nicht einfach nur zugefallen ist. Vielmehr bedurfte sie der Schaffung und Pflege des Dollars, wie vor allem Eric Helleiner herausgearbeitet hat (Helleiner 2008; 2009). Denn ohne bestimmte Voraussetzungen würden international tätige Akteure den Dollar nicht nutzen können bzw. wollen. Stabilität, d.h. Wertbeständigkeit bei nur geringen Schwankungen, ist eine notwendige Bedingung, die vor allem eine sehr hohe Liquidität erfordert (Tooze 2018: 58-59). Internationale Anleger müssen in der Lage sein, zu jedem Zeitpunkt Dollar kaufen oder verkaufen zu können (d.h. gegen die eigene nationale Währung eintauschen), ohne dass sich dadurch der Preis für Dollar maßgeblich ändert (Eichengreen 2011: 122).

Diese hohe Liquidität ist die Folge der Möglichkeit von Banken, ihren Kunden Kredit zu gewähren (Schwartz 2017: 278).⁷ Staatliche und private Schulden sind deshalb Voraussetzungen dafür, dass hohe Liquidität entsteht, die die amerikanische Währung international so attraktiv macht. Ohne Kreditgewährung und Schuldenaufnahme stünden internationalen Akteuren die hohe Liquidität des Dollars nicht zur Verfügung, die diesen so attraktiv macht. Deregulierungen im Zuge neorealistischer Reformen ermöglichten der amerikanischen

the factors determining the terms on which currencies are exchanged for one another“ (Strange 1988: 88).

Finanzindustrie, in hohem Maß Kredit zu vergeben und auf diese Weise Liquidität herzustellen. Aus diesem Grund ist der amerikanische Immobilienmarkt so eng mit dem nationalen und internationalen Finanzmarkt verknüpft (Schwartz 2009a; Schwartz 2009b). Diese Verknüpfung ist wesentlicher Bestandteil der neoliberalen Reformen seit den 1970er Jahren (Tooze 2018: 43).

Im Lichte dieser Überlegungen erfahren die neoliberalen Reformen seit den 1970er Jahren noch eine andere Deutung: Sie waren nicht nur notwendige Voraussetzungen für die Rückkehr zu wirtschaftlichem Wachstum, sondern auch für die Erhaltung der Dominanz der USA in internationalen Beziehungen – insbesondere auf dem Feld der Währungspolitik, das jedoch wirkungsvoll in andere Politikfelder ausstrahlt (Rajan 2011). So betrachtet erscheinen die Nachteile und gesellschaftspolitischen Fehlleistungen des Neoliberalismus als vorweggenommener Preis, den die amerikanische Gesellschaft für die anhaltende internationale Dominanz zu bezahlen hatte.

Der Schock der Finanzkrise 2008 stellte diesen Tausch von Erhaltung internationaler Dominanz gegen gesellschaftliche Reformbereitschaft politisch neu auf den Prüfstand. Dabei folgt die Trump-Administration nicht den von Europäern oder der demokratischen Partei stammenden Vorschlägen, die neoliberalen Reformen innenpolitisch zurückzunehmen. Vielmehr wird die internationale Dominanz dazu genutzt, die Risiken der Gesellschaft zu verringern, indem diese auf andere Gesellschaften und Volkswirtschaften abgewälzt werden. Soweit diese Politik Protektionismus bedeutet, wird sie auch gerade von der demokratischen Partei und Gewerkschaften in den USA zumindest mitgetragen, wenn nicht sogar gefordert. Es ist jedoch sehr wichtig, diese Veränderungen als groß angelegte Tauschprozesse zu verstehen, mit denen Chancen und Risiken, Vor- und Nachteile sowohl international als auch

innergesellschaftlich neu verteilt also rekonfiguriert werden sollen. Die Trump-Administration löst lange bestehende politische Zielkonflikte auf eine andere Art als ihre Vorgängerinnen. Auf diese Weise werden Chancen und Risiken, Kosten und Nutzen sowohl innergesellschaftlich als auch international neu verteilt. Dies ist der Kern der Rekonfiguration.

Internationale Einflüsse auf den amerikanischen Neoliberalismus

Staaten wie Deutschland oder China, die ihr Wohlstandsmodell vorwiegend an der Strategie der exportorientierten Industrialisierung (Tuschhoff 2015a: 157-158) ausrichten, haben die auf Spezialisierung und Arbeitsteilung angelegten internationalen Wirtschaftsbeziehungen maßgeblich mitgetragen. Sie tragen daher eine Mitverantwortung für Erfolge und Misserfolge neoliberaler Politik internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Eine tragende Säule dieses gemeinsam bewirkten internationalen Neoliberalismus ist der Dollar als einzige wirklich international operierende Währung. Nach sehr eingehender Analyse der Finanzkrise 2008 folgert Adam Tooze (2018: 219) schlüssig:

“By the early twenty-first century, the dollar's dominance did not rest on the Bretton Woods Agreement of 1944 or the institutions, like the IMF, that issued from it. The foundation of the global dollar was the private banking and financial market network, materialized in the Wall Street - City of London nexus. This was a cocreation of American and European finance, deliberately erected beyond state control. What happened in the fall of 2008 was not the revitalization of the dollar, but the reverse, a dramatic reassertion of the pivotal role of America's central bank.”

Die über Jahrzehnte betriebene neoliberale Privatisierung der einzigen Weltwährung ist daher nicht das Ergebnis amerikanischer, sondern internationaler oder präziser

transnationalen Politik. Ohne aktive Beteiligung nicht-amerikanischer Akteure wäre sie nicht zustande gekommen. Tooze zeigt außerdem, dass überwiegend nicht-amerikanische Banken und Finanzinstitute von den Rettungsmaßnahmen profitierten, die die amerikanische Zentralbank 2008 auflagen musste. Die Federal Reserve Bank hatte dabei größte Schwierigkeiten diesen Sachverhalt vor der amerikanischen Öffentlichkeit zu verheimlichen, weil sie befürchten musste, dass er in den USA einen Sturm der Entrüstung auslösen würde. Sie war gezwungen gewesen, nicht nur das amerikanische Finanzwesen, sondern das gesamte nordatlantische Finanzsystem zu retten, das sie zum Teil nicht eigenständig kontrollieren konnte (Tooze 2018: 210, 215-218).

Es ist offenkundig, dass das „exorbitante Privileg“ der USA einher ging mit einer ebenso hohen Verantwortung im Fall von Krisen. Exportnationen, die ihre wohltandsmehrende Strategie nicht ohne Rückgriff auf den Zugang zum großen Markt amerikanischer Konsumenten und nicht ohne Zugang zum Dollar als einziger Weltwährung umsetzen könnten, müssen sich deshalb eine Mitverantwortung für die Ergebnisse dieser arbeitsteilig angelegten internationalen Wirtschaftsbeziehungen zuschreiben lassen. Arbeitsteilung bedeutet deshalb, dass die USA erhebliche Vorteile aus der Dollardominanz ziehen, mit denen aber auch ganz erhebliche Risiken einhergehen. Zu diesen Risiken gehört zunächst, dass letztlich die amerikanische Gesellschaft bei Finanzkrisen für Handlungen von Akteuren außerhalb der USA haftet.

Jedoch auch unter normalen Bedingungen erfordert die Strategie der exportorientierten Industrialisierung Zugang zu einem großen Markt kaufreudiger Konsumenten. Dies bedeutet, dass Exportnationen maßgeblich davon profitieren, dass die amerikanische Politik bewusst Anreize für den Konsum setzt, statt Bürgern zum Sparen zu animieren. Würde der amerikanische Markt stärker reguliert und/oder der Sozialstaat

ausgebaut, wie Kritiker des Neoliberalismus mit durchaus nachvollziehbaren Begründungen fordern, so bliebe dies nicht ohne Auswirkungen auf die Absatzchancen von Exportnationen im amerikanischen Markt.

Hinzu kommt, dass Exportnationen darauf angewiesen sind, ihre im Wege des Exports erwirtschafteten Gewinne in den USA sicher anlegen zu können. Sie sind deshalb auf einen Kapital- und Finanzmarkt angewiesen, der bereit und in der Lage ist, hohe Investitionen aus dem Ausland aufzunehmen und zu absorbieren. Dieser Sachverhalt verbirgt sich hinter der Klage, dass gerade die internationale Sparschwemme (*global savings glut*) der Exportnationen (Tooze 2018: 38) das amerikanische Finanzsystem erheblich herausgefordert und große Fehlansätze gesetzt hat (Rajan 2011).

Die Aufnahmebereitschaft weltweiter Spareinlagen erfordert hohe Liquidität am amerikanischen Finanz- und Kapitalmarkt (Tooze 2018: 58-59). Um diese Liquidität bereitzustellen, ist es erforderlich, ein weitgehend dereguliertes Finanzwesen mit vielfältigen Dienstleistungsangeboten vorzuhalten. Außerdem müssen möglichst viele Vermögenswerte und Geschäftstätigkeiten handelbar, d.h. verbrieft sein. Deshalb ist die neoliberale Finanzialisierung eine wichtige Voraussetzung für hohe Liquidität, ohne die der Dollar als Weltwährung nicht attraktiv, bequem und praktikabel wäre. Ausgebaute Sozialstaaten sind deshalb tendenziell unvereinbar mit hoher Liquidität und Dollardominanz. In diesem Zusammenhang liegt eine wichtige Erklärung dafür, dass Exportnationen dafür zurückschrecken, eine praktikable und attraktive Alternativwährung zum Dollar zu schaffen. Jüngste Berichte über den Ankauf von Anleihen der Europäischen Zentralbank (EZB) weisen darauf hin, dass es bald keine Anleihen mehr geben könnte, die die EZB ankaufen könnte (sibi 2019). Mit anderen Worten: Die Liquidität im Euroraum ist vergleichsweise sehr gering. Deshalb ist der

Euro keine gangbare Alternative zur Weltwährung des U.S. Dollars.

Exportnationen scheuen davor zurück, die notwendigen Bedingungen für eine Alternative zum Dollar als Weltwährung zu schaffen, weil damit wirtschaftliche und gesellschaftliche Risiken verbunden wären, die weder Europa noch China zu übernehmen bereit sind. Deshalb profitieren sie von der Risikobereitschaft der USA. Im Gegenzug müssen sie akzeptieren, dass den USA damit strukturelle Macht in Finanzbeziehungen (Strange 1988: 88) zuwächst, die die Trump-Administration weidlich ausnutzt. Auch in diesem Zusammenhang treten daher massive Zielkonflikte zutage, bei deren Management sich Staaten von der relativen Risikobereitschaft ihrer Gesellschaften leiten lassen. Spezialisierung und Arbeitsteilung in internationalen Wirtschaftsbeziehungen können also zu erheblichen Ungleichgewichten führen. Die mangelnde Bereitschaft von Exportnationen, ihren Beitrag zum Abbau dieser vom IWF seit langem beklagten Ungleichgewichte zu leisten (Dieter 2018), setzt die amerikanische Gesellschaft den genannten Risiken aus. Die Trump-Administration ist deshalb mit dem Versprechen an ihre Wähler angetreten, diese internationale Risikoverteilung zu korrigieren, indem Exportnationen unter Druck gesetzt werden. Zu diesem Zweck werden Instrumente der Handelspolitik und der Dollardominanz eingesetzt.

Schlussfolgerung

Analysen amerikanischer Außenpolitik übersehen häufig, dass sich die USA wie alle anderen Staaten im Umfeld internationaler Beziehungen bewegen, die von Zielkonflikten gekennzeichnet sind. Daher gibt es meist weder einfache noch offensichtliche Lösungen dieser Konflikte, sondern nur die Wahl zwischen verschiedenen Vorteilen, denen jedoch andere Nachteile entsprechen. Die Entscheidung, wie solche außenpolitischen Zielkonflikte gelöst werden, hängt von der Anpassungs- und

Risikobereitschaft der betroffenen Gesellschaften ab. Diese Anpassungs- und Risikobereitschaft bilden die innenpolitischen Triebkräfte für Außenpolitik.

Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA kann als Ausdruck massiver Unzufriedenheit der Gesellschaft mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ergebnissen des neoliberalen Reformprogramms verstanden werden. Die Administration verstand diesen Wählerauftrag jedoch so, dass nicht die innenpolitischen Strukturen des Neoliberalismus reformiert werden sollten, sondern die internationalen. Dabei nahm die Administration eine Rekonfiguration bestehender Lösungen von Zielkonflikten vor. Sie setzte nicht mehr einseitig auf Effizienzsteigerung und Wachstum durch internationale Kooperation, sondern auf Risikodiversifikation und innergesellschaftliche Umverteilung internationaler Kooperationsgewinne. Sicherheit, Unabhängigkeit und Souveränität wurden höher gewichtet als Effizienz, Kooperation und wechselseitige Abhängigkeit. Der Trend, die amerikanische Wirtschaft auf Dienstleistungen zu spezialisieren und das produzierende Gewerbe zu verkleinern, sollte umgekehrt werden. Und schließlich erhofft sich die Trump-Administration von internationaler Umverteilung auch eine Abschwächung der gestiegenen sozialen Ungleichheit in der amerikanischen Gesellschaft.

Die meisten Experten zweifeln daran, dass diese Rekonstruktion der internationalen Seite des Neoliberalismus tatsächlich die erhofften Erfolge zeitigen wird. Für eine entsprechende Bilanz ist es aber noch zu früh. Sie müsste jedoch auf zweierlei Weise erstellt werden: Erstens, in welchem Maß gelingt es, durch Rückführung von Globalisierung innergesellschaftliche Ungleichheit und das Ausgesetztsein von hohen Risiken tatsächlich abzutragen? Zweitens, selbst wenn die Rekonfiguration von internationaler Interdependenz zu geringerem weltwirtschaftlichem Wachstum führt, wie werden das resultierende Wachstum und die damit

einhergehenden Risiken relativ auf die beteiligten Staaten verteilt?

Wenn der vorläufige Eindruck nicht trügt, so sind die Abhängigkeiten von Exportnationen von den USA weit größer als

umgekehrt. Noch erstaunlicher ist jedoch, wie gering deren Bemühen und wie erfolglos die wenigen Versuche sind, Empfindlichkeiten der Interdependenz zu verringern und das Maß an Eigenständigkeit und Unabhängigkeit zu vergrößern.

Literaturangaben

- Acemoglu, Daron/ Autor, David/ Dorn, David/ Hanson, Gordon H./ Price, Brendan (2016), 'Import Competition and the Great US Employment Sag of the 2000s', *Journal of Labor Economics*, 34 (1): 141-198.
- Aldrich, John H. (2018), Book Review, 'James E. Campbell (2016). Polarized. Making Sense of a Divided America. Princeton, NJ: Princeton University Press,' *Journal of Politics*, 80 (1):E1-E4.
- Auerbach, Alan J. (2018), 'Measuring the Effects of Corporate Tax Cuts', *Journal of Economic Perspectives*, 32 (4): 97-120.
- Autor, David (2018), *Is Automation Labor-Displacing? Productivity Growth, Employment, and the Labor Share*: National Bureau of Economic Research, Working Paper 24871 24871 Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.
- Autor, David H./ Dorn, David/ Hanson, Gordon H. (2013), 'The China Syndrome: Local Labor Market Effects of Import Competition in the United States', *American Economic Review*, 103 (6): 2121-2168.
- Autor, David H./ Dorn, David/ Hanson, Gordon H. (2016), *The China Shock: Learning from Labor Market Adjustment to Large Changes in Trade*: National Bureau of Economic Research, NBR Working Paper Series 21906 21906 Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.
- Bartels, Larry M. (2018), 'Partisanship in the Trump Era', *The Journal of Politics*, 80 (4): 1483-1494.
- Biebricher, Thomas (2019), Séville, Astrid (2017): There is no alternative. Politik zwischen Demokratie und Sachzwang, 60 (3):619-621.
- Bowden, Mark (2019), Top Military Unload on Trump, in: *The Atlantic* November (online: <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2019/11/military-officers-trump/598360/>, abgerufen: October 9, 2019).
- Bude, Heinz (2019), *Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee* München: Carl Hanser Verlag. (online: file:///D:/Dokumente/E-Books/Bude/Bude_Solidaritaet_9783446262997.epub, abgerufen: Bundesregierung (2019), *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Heike Hänsel, Andrej Hunko weiterer Abgeordneter und der Fraktion die LINKE*, Deutscher Bundestag, Berlin: Deutscher Bundestag.
- Cohen, Benjamin J. (2013), 'Currency and State Power' in: Martha Finnemore/ Goldstein, Judith (Hrsg.), *Back to Basics. State Power in a Contemporary World* Oxford, UK; New York, NY: Oxford University Press, 159-176.
- Cohen, Benjamin J. (2015), *Currency Power. Understanding Monetary Rivalry* Princeton, NJ; Oxford, UK: Princeton University Press.
- Congressional Budget Office (2019), *The Distribution of Household Income, 2016 (July 2019)*, Washington, DC: Congressional Budget Office, (online: <https://www.cbo.gov/system/files/2019-07/55413-CBO-distribution-of-household-income-2016.pdf>, abgerufen: October 18, 2019).
- Conway, George T. III (2019), Unfit for Office, in: *The Atlantic* October 3, 2019 (online: <https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2019/10/george-conway-trump-unfit-office/599128/>, abgerufen: October 9, 2019).
- Crouch, Colin (2004), *Post-Democracy*, 1. publ. Aufl. Cambridge, UK: Polity Press.
- Crouch, Colin (2014), 'The Neo-Liberal Turn and the Implications for Labour' in: Adrian Wilkinson/ Wood, Geoffrey/ Deeg, Richard (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Employment Relations* Oxford, UK: Oxford University Press,

Christian Tuschhoff – Rekonfiguration des Neoliberalismus

- Crouch, Colin (2017), 'Neoliberalism, Nationalism and the Decline of Political Traditions', *The Political Quarterly*, 88 (2): 221-229.
- Dalton, Russell J./ Welzel, Christian, Hrsg., (2014), *The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens*, Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Dieter, Heribert (2018), *Deutschlands zweischneidige Außenwirtschaftspolitik. Gründe und Optionen für den Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse*: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 13 Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Dobbins, Michael/ Bieber, Tonia (2016), 'Bildungspolitik in den USA' in: Christian Lammert/ Siewert, Markus B./ Vormann, Boris (Hrsg.), *Handbuch Politik USA* Wiesbaden: Springer VS, 381-401.
- Eichengreen, Barry (2011), *Exorbitant Privilege. The Rise and Fall of the Dollar and the Future of the International Monetary System*, 1. publ. Aufl. Oxford, UK
- Falke, Andreas (2018), 'Neo-Merkantilismus und Wirtschaftsnationalismus: Die Handelspolitik der Trump-Administration' in: Winand Gellner/ Oswald, Michael (Hrsg.), *Die gespaltenen Staaten von Amerika. Die Wahl Donald Trumps und die Folgen für Politik und Gesellschaft* Wiesbaden: Springer VS, 181-197.
- Frieden, Jeffrey A./ Lake, David A./ Schultz, Kenneth A. (2016), *World Politics. Interests, Interactions, Institutions*, 3. Aufl. New York, NY; London, UK: W.W. Norton.
- Funke, Manuel/ Schularick, Moritz/ Trebesch, Christoph (2015), *Going to the Extremes: Politics after Financial Crisis, 1870-2014*. Center for Economic Studies & Ifo Institute, CESifo Working Papers 5553 München: Center for Economic Studies & Ifo Institute.
- Gidron, Noam/ Hall, Peter A. (2017), 'The Politics of Social Status. Economic and Cultural Roots of the Populist Right', *British Journal of Sociology*, 68: 57-S84.
- Gopinath, Gita (2019), 'Rebalancing the Global Economy. Some Progress but Challenges Ahead', (online: <https://blogs.imf.org/2019/07/17/rebalancing-the-global-economy-some-progress-but-challenges-ahead/>, abgerufen: July 18 2019).
- Green, Jon/ McElwee, Sean (2018), 'The Differential Effects of Economic Conditions and Racial Attitudes in the Election of Donald Trump', *Perspectives on Politics*: 1-22.
- Hawkins, Stephen/ Yudkin, Daniel/ Juan-Torres, Miriam/ Dixon, Tim (2018), *Hidden Tribes: A Study of America's Polarized Landscape*. More in Common New York, NY: More in Common. (online: https://static1.squarespace.com/static/5a70a7c3010027736a22740f/t/5bbcea6b7817f7bf7342b718/1539107467397/hidden_tribes_report-2.pdf, abgerufen: October 12, 2018.)
- Helleiner, Eric (2008), 'Political Determinants of International Currencies: What Future for the US Dollar?', *Review of International Political Economy*, 15 (3): 354-378.
- Helleiner, Eric (2009), 'Enduring Top Currency, Fragile Negotiated Currency. Politics and the Dollar's International Role' in: Eric Helleiner/ Kirshner, Jonathan (Hrsg.), *The Future of the Dollar* Ithaca, NY; London, UK: Cornell University Press, 69-87.
- Hollingsworth, J. Rogers (1997), 'Continuities and Changes in Social Systems of Production: The Cases of Japan, Germany, and the United States' in: J. Rogers Hollingsworth/ Boyer, Robert (Hrsg.), *Contemporary Capitalism. The Embeddedness of Institutions* Cambridge, UK/ New York, NY/ Sidney, Australia: Cambridge University Press, 265-310.
- Hollingsworth, J. Rogers/ Boyer, Robert, Hrsg., (1997), *Contemporary Capitalism. The Embeddedness of Institutions*, Cambridge, UK; New York, NY; Melbourne: Cambridge University Press.
- Hollingsworth, J. Rogers/ Schmitter, Philippe C./ Streeck, Wolfgang, Hrsg., (1994), *Governing Capitalist Economies. Performance & Control of Economic Sectors*, New York, NY/ Oxford, UK: Oxford University Press.
- Hughes Hallett, Andrew/ Martinez Oliva, Juan Carlos (2012), 'Reducing Global Imbalances: Can Fixed Exchange Rates and Current Account Limits Help?', *Open Economies Review*, 23 (1): 163-192.
- Hutter, Swen (2019), 'Radikale Dynamik. Soziale Bewegungen und Polarisierung der amerikanischen Politik', *WZB Mitteilungen* (164): 16-18.
- Inglehart, Ronald (1977), *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (1997), *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies* Princeton, N.J.: Princeton University Press. (online: <http://wvs.isr.umich.edu/fig.shtml>, abgerufen:

- International Monetary Fund (2019), *External Sector Report. The Dynamics of External Adjustment*: International Monetary Fund Washington, DC: International Monetary Fund. (online: <https://www.imf.org/~media/Files/Publications/ESR/2019/English/text.ashx?la=en>, abgerufen: July 18, 2019.)
- Jacobsen, Hanns-Dieter (1981), *Asymmetrien und Interdependenzen in den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen*: Stiftung Wissenschaft und Politik, Studien Fo.Po.III.1d/80 287 Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Keohane, Robert O./ Nye, Joseph S. (1989), *Power and Interdependence*, 2nd. Aufl. Glenview, IL; Boston, MA; London, UK: Scott, Foresman and Co.
- Kirshner, Jonathan (2014), *American Power after the Financial Crisis* Ithaca, New York; London, UK: Cornell University Press.
- Koppetsch, Cornelia (2019), *Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter* Bielefeld: Transcript.
- Lammert, Christian (2016), 'Sozialpolitik zwischen Markt und Staat' in: Christian Lammert/ Siewert, Markus B./ Vormann, Boris (Hrsg.), *Handbuch Politik USA* Wiesbaden: Springer VS, 361-379.
- Lammert, Christian (2018), 'Einkommens- und Wohlstandsungleichheit und der Zustand der Demokratie in den USA' in: Winand Gellner/ Oswald, Michael (Hrsg.), *Die gespaltenen Staaten von Amerika. Die Wahl Donald Trumps und die Folgen für Politik und Gesellschaft* Wiesbaden: Springer VS, 209-222.
- Lammert, Christian/ Vormann, Boris (2016), 'Gesellschaft in der Krise? Neue Ungleichheiten in den USA' in: Christian Lammert/ Siewert, Markus B./ Vormann, Boris (Hrsg.), *Handbuch Politik USA* Wiesbaden: Springer VS, 601-615.
- Lee, Michael (2017), 'Multiple Baskets: Diverse Racial Frames and the 2016 Republican Primary', *New Political Science*, 39 (4): 631-650.
- Mann, Thomas E./ Ornstein, Norman J. (2012), *It's Even Worse than It Looks. How the American Constitutional System Collided with the New Politics of Extremism* New York, NY: Basic Books.
- Mildner, Stormy-Annika/ Howald, Julia (2016), 'Der Präsident schlägt vor, der Kongress ordnet an: US-Wirtschaftspolitik nach der Finanz- und Wirtschaftskrise' in: Christian Lammert/ Siewert, Markus B./ Vormann, Boris (Hrsg.), *Handbuch Politik USA* Wiesbaden: Springer VS, 439-459.
- Murswiek, Axel (2016), 'Sozialstruktur der Vereinigten Staaten von Amerika' in: Christian Lammert/ Siewert, Markus B./ Vormann, Boris (Hrsg.), *Handbuch Politik USA* Wiesbaden: Springer VS, 93-112.
- Mutz, Diana C. (2018), 'Status Threat, Not Economic Hardship, Explains the 2016 Presidential Vote', *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 115 (19): E4330-E4339.
- Nachtwey, Oliver (2016), *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, 2. Auflage, Originalausgabe. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Norrlöf, Carla (2018), 'Hegemony and Inequality: Trump and the Liberal Playbook', *International Affairs*, 94 (1): 63-88.
- Pettis, Michael (2014), *The Great Rebalancing. Trade, Conflict, and the Perilous Road Ahead for the World Economy*, 1st paperback. Aufl. Princeton, NJ; Oxford, UK: Princeton University Press.
- Pettyjohn, Stacie (2019), 'Cost plus 50' Explained', Blog: The Rand Blog, (online: <https://www.rand.org/blog/2019/03/cost-plus-50-explained.html>,
- Phelan, Craig/ Friedman, Gerald/ Hillard, Michael/ Boyle, Kevin/ McCartin, Joseph A./ Stein, Judith (2011), 'Labor Historysymposium: Judith Stein, Pivotal Decade', *Labor History*, 52 (3): 323-346.
- Piketty, Thomas (2014), *Capital in the Twenty-First Century* Cambridge, MA; London, UK: Belknap Press of Harvard University.
- Plumpe, Werner (2013), *Wirtschaftskrisen: Geschichte und Gegenwart*, 1. Aufl. München: C.H.Beck. (online: <https://doi.org/10.17104/9783406615009>, abgerufen:
- Püschel, Julia (2016), 'Arbeitsmarktpolitik und Außenhandel in den USA' in: Christian Lammert/ Siewert, Markus B./ Vormann, Boris (Hrsg.), *Handbuch Politik USA* Wiesbaden: Springer VS, 461-478.

Christian Tuschhoff – Rekonfiguration des Neoliberalismus

- Putnam, Robert D. (2000), *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community* New York, NY; London, Toronto, Sydney, Singapore: Simon & Schuster.
- Rajan, Raghuram G. (2011), *Fault Lines. How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy*, With a New afterword by the author. Aufl. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Reckwitz, Andreas (2017), *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne* Berlin: Suhrkamp.
- Robison, Joshua/ Moskowitz, Rachel L. (2019), 'The Group Basis of Partisan Affective Polarization', *The Journal of Politics*, 81 (3): 1075-1079.
- Rodrik, Dani (2011), *The Globalization Paradox. Democracy and the Future of the World Economy* New York, NY; London, UK: W.W. Norton & Co.
- Schaffner, Brian F./ MacWilliams, Matthew/ Nteta, Tatishe (2018), 'Understanding White Polarization in the 2016 Vote for President. The Sobering Role of Racism and Sexism', *Political Science Quarterly*, 133 (1): 9-34.
- Schnitzler, Antina von (2008), 'Neoliberalism' in: William A. Darity (Hrsg.), *International Encyclopedia of Social Sciences* Detroit, MI: Macmillan Reference, 473-475.
- Schwartz, Herman (2009a), 'Housing Finance, Growth, and the U.S. Dollar's Surprising Durability' in: Eric Helleiner/ Kirshner, Jonathan (Hrsg.), *The Future of the Dollar* Ithaca, NY; London, UK: Cornell University Press, 88-115.
- Schwartz, Herman M. (2009b), *Subprime Nation. American Power, Global Capital, and the Housing Bubble* Ithaca, N.Y.; London, UK: Cornell University Press.
- Schwartz, Herman Mark (2017), 'Elites and American Structural Power in the Global Economy', *International Politics*, 54 (3): 276-291.
- Schweller, Randall L. (2018), 'Why Trump Now. A Third-Image Explanation' in: Robert Jervis/ Gavin, Francis J./ Rovner, Joshua/ Labrosse, Diane N. (Hrsg.), *Chaos in the Liberal Order. The Trump Presidency and International Politics in the Twenty-First Century* New York, NY: Columbia University Press, 22-39.
- sibi (2019), Gehen der EZB die Bundesanleihen aus?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. Oktober 2019, 23.
- Slemrod, Joel (2018), 'Is This Tax Reform, or Just Confusion?', *Journal of Economic Perspectives*, 32 (4): 73-96.
- Spengel, Christoph/ Heinemann, Friedrich/ Pfeiffer, Olena/ Schwab, Thomas/ Stutzenberger, Kathrin (2017), *Analysis of US Corporate Tax Reform Proposals and their Effects for Europe and Germany*. Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung Mannheim: Analysis of US Corporate Tax Reform Proposals and their Effects for Europe and Germany. (online: [http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/US Tax Reform 2017.pdf](http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/US_Tax_Reform_2017.pdf), abgerufen: December 14, 2017.)
- Stein, Judith (2010), *Pivotal Decade. How the United States Traded Factories for Finance in the Seventies* New Haven, CT: Yale University Press.
- Stopford, John M./ Strange, Susan (1991), *Rival States, Rival Firms. Competition for World Market Shares* Cambridge, UK; New York, NY; Port Chester, Melbourne; Sydney: Cambridge University Press.
- Strange, Susan (1988), *States and Markets. An Introduction to International Political Economy* London, UK: Pinter.
- Thelen, Kathleen (2019), 'The American Precariat: U.S. Capitalism in Comparative Perspective', *Perspectives on Politics*, 17 (1): 5-27.
- Thunert, Martin (2016), 'HyperPluralismus? Die Welt der Interessengruppen, Gewerkschaften, Lobbyisten und Think Tanks' in: Christian Lammert/ Siewert, Markus B./ Vormann, Boris (Hrsg.), *Handbuch Politik USA* Wiesbaden: Springer VS, 285-304.
- Tooze, J. Adam (2018), *Crashed. How a Decade of Financial Crises Changed the World* London, UK: Allen Lane. 22. September 2018).
- Tuschhoff, Christian (2015a), *Internationalen Beziehungen* Konstanz; München: UVK Verlagsgesellschaft.
- Tuschhoff, Christian (2015b), 'Win-Win oder Nullsumme? Zum praktischen Nutzen des theoretischen Konzepts vom komparativen Vorteil', *Aus der Forschung* (2): 1-6.

Christian Tuschhoff – Rekonfiguration des Neoliberalismus

- Tuschhoff, Christian (2018a), 'Die Auswirkungen der Zwischenwahlen in den USA 2018 auf die transatlantischen Handelsbeziehungen', *Aus der Forschung* (2): 1-23.
- Tuschhoff, Christian (2018b), 'Präsident Trump, der Umbau der liberalen Weltwirtschaftsordnung und die transatlantischen Beziehungen. Eine aktuelle politikwissenschaftliche Einschätzung', *Aus der Forschung* (1/2018): 1-11.
- Tuschhoff, Christian (2019), 'Wer sind die konservativen Unterstützer von Donald Trump und wie ticken sie?', Blog: Leseempfehlungen, (online: <https://ctuschhoff.de/veroeffentlichungen/blog/>, abgerufen: 19. März 2019).
- United States Census Bureau (2019), 'Not Seasonally Adjusted Homeownership Rate [Percent] 1965-2019', (online: <https://www.census.gov/econ/currentdata/dbsearch?program=HV&startYear=1956&endYear=2019&categories=RATE&dataType=HOR&geoLevel=US¬Adjusted=1&submit=GET+DATA&releaseScheduleId=>, abgerufen: October 19 2019).
- Viola, Lora Anne (2017), 'US-amerikanische Außenpolitik unter Trump und die Krisen der Globalisierung', *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 10 (3): 329-338.
- Vogel, Steven K. (2018), *Freer Markets, More Rules. Regulatory Reform in Advanced Industrial Countries* Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Vormann, Boris (2018), 'Am Ende des Dritten Weges: Abkehr vom wirtschaftspolitischen Liberalismus?' in: Winand Gellner/ Oswald, Michael (Hrsg.), *Die gespaltenen Staaten von Amerika. Die Wahl Donald Trumps und die Folgen für Politik und Gesellschaft* Wiesbaden: Springer VS, 223-236.
- Welzel, Christian/ Dalton, Russell J. (2014), 'From Allegiant to Assertive Citizens' in: Russell J. Dalton/ Welzel, Christian (Hrsg.), *The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens* Cambridge, UK: Cambridge University Press, 282-306.
- West, Darrell M. (2019), *Divided Politics, Divided Nation. Hyperconflict in the Trump Era* Washington, DC: Brookings Institution.
- Williamson, John (2012), 'Rules for Correcting External Imbalances', *Open Economies Review*, 23 (1): 151-161.
- Wood, Adrian (1991), 'The Factor Content of North-South Trade in Manufactures Reconsidered', *Weltwirtschaftliches Archiv*, 12 (4): 19-43.
- Wood, Adrian (1995), *North-South Trade, Employment and Inequality : Changing Fortunes in a Skill-Driven World* Oxford: Oxford University Press.
- Zarate, Juan C. (2013), *Treasury's War. The Unleashing of a New Era of Financial Warfare* New York, NY: Public Affairs.